

Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

Januar

43. Jahrgang

2012

„Die Linke“ in der Ratsversammlung: Wedel muss endlich umsteuern

Ja zum Sozialen Wohnungsbau – Nein zu Prestigeobjekten

„Jetzt beginnt das große Zittern“. Mit diesem Satz charakterisierte Wedels örtliche Tageszeitung Wedels die augenblickliche Haushaltssituation, nachdem bekanntgeworden war, dass ein großer Betrieb der Pharmabranche für das Jahr 2011 sieben Millionen Euro weniger an Gewerbesteuer an die Stadt entrichten werde als vorgesehen. Dabei war der Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2012/2013 schon aufgestellt. Panikartig rief Bürgermeister Niels Schmidt die Fraktionsvorsitzenden zusammen, um ihnen die schlechte Nachricht zu überbringen, die er kurz zuvor vom Finanzamt erfahren hatte. Die große Frage lautet: Wie kann das Riesenloch im Etat gestopft werden?

Je nach politischer und ideologischer Position werden Lösungen gesucht, die sich zwischen zwei Grundpositionen bewegen. Die eine wird von CDU und FDP vertreten: Alles muss auf den Prüfstand - nur nicht unser Luxusobjekt Maritime Meile. Die andere vertritt die Fraktion „Die Linke“, für die Stephan Krüger den konkreten Vorschlag unterbreitete: „Lasst uns die überflüssigen Prestigeposten im Haushalt gemeinsam streichen.“ 4,5 Millionen Euro könnten allein bei der Sanierung des Hafens gespart werden.

In einem Offenen Brief an eine Leserin des „Wedel- Schulauer Tageblatts“, die gegen die Linke polemisierte, erläuterte Krüger im Detail, wo seine Fraktion außerdem den Rotstift ansetzen würde. Da heißt es: „Einen Radweg für 2 Millionen Euro am Elbstrand halten wir für überflüssig, ebenso die Granitbänke am

Panoramaweg. Die Treppe im dritten Bauabschnitt des (Elb) Panoramawegs soll trotz guten Zustands für rund 30.000 Euro saniert werden. Wir lehnen das ab. Musste der Panoramaweg 1830 Euro pro Meter kosten, gibt es einen kostspieligeren Fußweg in Schleswig-Holstein? Ein neuer Ponton wäre für uns für maximal eine Million Euro völlig ausreichend gewesen

statt für 2 Millionen.“ Weiter wendet sich der Ratsherr der Linken anderen Luxusprojekten zu: „Eine Fußgängerbrücke vom Parkplatz am Theater zur und über die S-Bahn und hin zu den Fahrradständern ist sinnvoll, uns aber nicht 800.000 Euro wert. Benötigt jemand wirklich eine Brücke über den Mühlenteich für 300.000 Euro?“ Wenn es nach der Linken gegangen

wäre, dann wäre auch das „Spaßbad“ nicht gebaut worden, das jährlich 2,1 Millionen Euro verschlingt. „Ein ökologischer Badeteich hätte auch ausgereicht“, so der Ratsherr, der sich auf Vorschläge seiner Partei beruft, die schon zu einer Zeit unterbreitet wurden, als es noch keine Vertreter der Linken in der Ratsversammlung gab. 15 Millionen Euro seien sinnlos verpulvert worden.

Wenn nun bis März eine Streichliste vorgelegt werden soll, dann drohen vor allem Einschnitte ins soziale Netz. Aktuell sollen mindestens 7 Millionen Euro eingespart werden. Ein großer Teil soll durch die Anhebung von Gewerbe- und



Ratsherr der Linken
Stephan Krüger
beim Ostermarsch
in Wedel

Ja zum Sozialen Wohnungsbau – Nein zu Prestigeobjekten

Fortsetzung von Seite 1

Grundsteuer erhöht werden. Was die Grundsteuer betrifft, so stimmte Die Linke dagegen. „Die Grundsteuererhöhung wird von uns abgelehnt, weil sie sich auf dem Wohnungsmarkt verteuern statt preissenkend auswirkt“, so Stephan Krüger.

Notwendig, so die Linke, sei es, andere Prioritäten zu setzen, zum Beispiel beim sozialen Wohnungsbau. Was hier in der Vergangenheit versäumt wurde, sei unverantwortlich. Wedel benötige 500 zusätzliche Sozialwohnungen, bei weiterem Wegfall preiswerter Wohnungen sogar 1.000. Zu Recht beklage der Deutsche Mieterbund die größte Mietervertreibung in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese verschärft sich durch die einseitige Umlegung der Kosten für energetische Sanierung auf die Mieter. Die Mehrheit der Ratsversammlung habe in der Vergangenheit vor diesem Problem die Augen verschlossen. Sie habe durch Untätigkeit auf diesem Gebiet die Lage der Mieter verschlechtert. Nie habe man zum Beispiel von der Möglichkeit der Aufstellung von Erhaltungssatzungen Gebrauch gemacht.

Wedel steht in der Reihe schlechter Beispiele nicht allein, aber hier wird die unsoziale Politik der regierenden Parteien besonders deutlich. Von der Bankenkrise bis zur Wohnungsnot, betroffen sind in unserem Lande überwiegend die Klein- und Mittelverdiener. Darum stimmte die Fraktion der Linken wie im vorigen Jahr gegen den jetzigen Haushaltsplan. Die SPD enthielt sich der Stimme. Sie will abwarten, welche Vorschläge von der Verwaltung kommen. Anders CDU, FDP und Grüne, die „alles auf den Prüfstand“ stellen wollen und von einer „Selbstverpflichtung zur Bescheidenheit“ sprechen, wie Renate Koschorrek (FDP) oder ein „sozial verträgliches Gesamtpaket von Sparmaßnahmen“ ankündigen wie Michael Kissig (CDU). Die Grünen wollen „die Lasten auf alle verteilen“, sagte die Fraktionsvorsitzende Gertrud Borgmeyer. Schon eine solche Formulierung macht hellhörig, denn was für die einen als gerecht und tragbar angesehen wird, bedeutet für die anderen das genaue Gegenteil. An der sozialen Frage scheiden sich die Geister. Wi.

**MASCH Wedel
Marxistische
Abendschule Wedel Tel.
04103 86045**



Mittwoch, 12.2.
19.30 Uhr
Stadtteilzentrum
„Mittendrin“
Fr.-Eggers-Str.79

**Heinz
Stehr
Elmshorn**

Soziale Bewegungen und Parteien

Wer was macht

– und wer die Macht hat.

Die Parteien bekommen zunehmend Konkurrenz bei der politischen Willensbildung. Soziale Bewegungen bestimmen die politische Kultur und den politischen Protest ausserhalb der Parlamente mit. Aktuelle Beispiele sind der Streit um das Verkehrsinfrastrukturprojekt Stuttgart 21 und um den Ausstieg aus der Kernenergie.

Gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse wie Mitgliederverluste, der Bedeutungsgewinn massenmedialer Kommunikation sowie Transnationalisierungsprozesse stellen die Vermittlungsleistungen der politischen Akteure vor neue kommunikative Herausforderungen.



Mieter des Tinsdaler

„Angst und Unsicherheit machen sich breit bei den Mietern des Quartiers zwischen Tinsdaler Weg, Galgenberg und Am Rain. Sie fühlen sich vor allem schlecht informiert über die Pläne der DKB Wohnungsverwaltungsgesellschaft Nord-West“. So berichtete das Wedel-Schulauer Tageblatt am 2. Dezember 2011.

Sauer seien die Mieter vor allem, weil eine bereits für Anfang Oktober 2011 angekündigte Informationsveranstaltung der DKB kurzfristig abgesagt wurde. Die DKB versprach, einen neuen Termin bekanntzugeben, doch das geschah nicht. Soweit die Information des Tageblatts am 2. Dezember 2011.

Später verkündete die DKB in einem Brief an die Mieter, sie werde ihre Absichten erst offenbaren, wenn vollendete Tatsachen geschaffen worden sind. Im Frühjahr 2012 sei beabsichtigt, die „finale“ Planungsvariante vorzustellen. Erst dann werden die Mieter erfahren, was in Sachen Verdichtung, Aufstockung und Modernisierung passieren wird und ob sie nach entsprechender Mieterhöhungen überhaupt noch in ihren Wohnungen verbleiben können.

Der größte Teil der Mieter wohnt schon seit vielen Jahren in diesem Quartier. Es handelt sich vielfach um ältere Men-



Das Wohnquartiers Weg wehren sich

Investor DKB verweigert Informationen. Quartier wurde schon elfmal verkauft und elfmal wurde gut verdient, jetzt droht ein neues Kapitel „Flucht und Vertreibung“.

schen, die nicht in der Lage sind, die heute in Wedel üblichen Mieten zu bezahlen. Sie wollen sich aber nicht vertreiben lassen.

Mittlerweile hat auf Initiative einiger Bewohner eine eigene Mieterversammlung stattgefunden, in der vier Sprecherinnen und Sprecher gewählt wurden. Sie wollen die Forderungen der Mieterinnen und Mieter in die Öffentlichkeit tragen und verhindern, dass hinter verschlossenen Türen gemauschelt und gekungelt werden kann.

Die mangelhafte und vage Information der Mieter durch die DKB ist übrigens das Gegenteil dessen, was nach Bekundungen von Sprechern verschiedener Fraktionen der Ratsversammlung gewollt ist.

Im Protokoll der Ratssitzung vom 27. Januar 2011 heißt es: „Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses stellt heraus, dass der Planungsausschuss die Vorgabe gemacht hat, dass die Anwohner rechtzeitig zur heutigen Sitzung über das Vorhaben informiert werden sollten. Dem Ausschuss ist eine umfassende und frühzeitige Beteiligung der Einwohnerschaft sehr wichtig. Hier hat die Politik dazu gelernt. Die rechtzeitige Beteiligung ist in der Vergangenheit nicht immer früh genug erfolgt. Er stellt, eingehend auf die Fragestellerin aus der Einwohnerfragestunde, noch einmal

heraus, dass die Bedenken der Anwohner bzw. Bewohner des Quartiers noch Gegenstand der weiteren Prüfungen sein werden.

Der Planungsausschuss hat es jedenfalls positiv aufgenommen, dass der Investor hier preisgünstigen Wohnraum schaffen will. Es irritiert ihn (Schernikau - CDU) doch ziemlich, dass Herr Krüger von der Fraktion Die Linke sich gegen das Projekt ausgesprochen hat. Er hätte angenommen, dass die Linke bei der Schaffung kostengünstigeren Wohnraums mit Freuden zustimmen würde.“ Soweit das Protokoll.

Dass es sich bei dem Vorhaben der DKB nicht um Schaffung kostengünstigen Wohnraums handeln wird, vermutete die Fraktion Die Linke, die in der Ratsversammlung den Antrag stellte, die DKB aufzufordern, die Bebauung des Quartiers ganz oder teilweise mit öffentlichen Fördermitteln durchzuführen, „damit sichergestellt werden kann, dass der Quadratmeterpreis bei allen oder einem Teil der Wohnungen bei ca. 6,00 Euro liegen wird.“ Das aber lehnte die DKB ab und auch in der Ratsversammlung gab es leider keine Zustimmung. Über ihre Vorstellungen schwieg sich die DKB aus. Abzulesen sind sie aber im Internet. Da wird zum Beispiel eine Kaltmiete von 507 Euro für eine 63 m² große Wohnung in der Straße Im Nieland 2 a verlangt (8,05

Euro/m²). Eine weitere, 56 m², Am Rain für 448 Euro kalt (8,00 Euro/m²).

Wieviel mehr werden die Wohnungen kosten, wenn erst die Modernisierungen nach den Vorstellungen der DKB erfolgt sind ?

Die Mieter haben also allen Grund, wachsam zu sein und von der Stadt Wedel Schutz vor der Willkür eines Investors zu fordern. Immerhin ließ diese die Möglichkeit verstreichen, eine Erhaltungssatzung zu beschließen. Da das nicht geschah, wurde das Wohnquartier von 1956 bis heute elfmal verkauft und mit Sicherheit elfmal gut verdient, während Forderungen der Mieter nach Instandsetzung ihrer Wohnungen ignoriert wurden.

Zu Recht hat der Geschäftsführer des Mieterbundes Schleswig-Holstein, Jochen Kirsch, auf dem Empfang des Mietervereins Wedel zu dessen 90 jährigem Bestehen beklagt: „Spekulanten und Finanzinvestoren breiten sich auf dem Wohnungsmarkt aus. Die Wohnung selbst verkommt zum Spekulationsobjekt. Immer häufiger gilt die Devise, dass eine Wohnung nur dann richtig rentabel ist, wenn es gelingt, eine möglichst hohe Miete regelmäßig zu vereinnahmen, aber im Gegenzug möglichst kein Geld auszugeben.“ Für diese verallgemeinerte Feststellung ist das Wohnquartier zwischen Galgenberg, Tinsdaler Weg und Am Rain ein klassisches Beispiel. Wi



Vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

ViSdP: Günther Wilke
Tel 3486
Fotos:
A. Haentjens
Th. Gehrke(2)
Meinung(3)

Die CDU/FDP-Regierung in Schleswig-Holstein hat schon viel zu lange regiert. Das Landesverfassungsgericht hatte nach einer Klage von Grünen und SSW am 30. August 2012 sogar festgestellt, dass die „schwarz-gelben“ Parteien nicht einmal formal berechtigt waren, die Regierungsgewalt auszuüben. Für diese Parteien waren bei den letzten Wahlen 2009 46,4 Prozent der Stimmen abgegeben worden, für SPD, Grüne, Linke und SSW dagegen 48,1 Prozent. Im Landtag hatten CDU und FDP insgesamt 48 von 95 Sitzen, weil der CDU 11 Überhangsmandate zuerkannt wurden. Damit aber war die Höchstzahl der Abgeordnetenmandate überschritten worden, stellte das Landesverfassungsgericht fest. Anstatt sofortige Neuwahlen anzuordnen, beließ das Gericht aber die „schwarz-gelbe“ Landesregierung bis zum 30. September 2012 weiter im Amt. Normalerweise hätte 2014 ein neuer Landtag gewählt worden.

Ohne auch formal berechtigt gewesen zu sein, machte die Kieler Regierung unter Peter Harry Carstensen unverdrossen Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Die Folgen sind vor allem im sozialen Bereich und auf dem Gebiet der Bildung ablesbar. Die Armen sind ärmer, die Reichen reicher geworden, Bildung richtet sich nach dem jeweiligen Vermögen der Eltern. Die Zahl der unsicheren Beschäftigten

wuchs. Außerdem konnte sich die Atomlobby der Unterstützung der Landesregierung sicher sein. Den Schutz der CDU/FDP-Regierung genossen auch die Nazis, die hier breit vernetzt sind. Überfälle von Nazis auf Mitbürger mit ausländischen Wurzeln und auf die politische Linke wie am 1. Mai 2010 in Husum sind seit Jahren an der Tagesordnung, weil das Innenministerium Nazis verharmlost und gewähren lässt, während Antifaschisten behindert und bekämpft wurden.

Diese Regierung muss abgelöst werden. Das ist allerdings mit dem Stimmentzettel allein nicht zu erreichen. Es ist gut und nützlich, dass es der Partei Die Linke gelingt, wieder in den Landtag einzuziehen. Aber einen Politikwechsel wird es nur geben, wenn die Menschen in unserem Lande ihre Interessen im außerparlamentarischen Kampf deutlich machen. Wir unterstützen daher die Kämpfe der Gewerkschaften für die Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für das Recht auf Arbeit, für die Verteidigung sozialer Rechte und Errungenschaften, für die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft. Wir beteiligen uns an Aktionen der ökologischen und Friedensbewegung gegen Kriegseinsätze und Rüstungswahn, gegen die Macht der Atomkonzerne, für das Recht der Jugend auf Bildung und Ausbildung. Wir folgen der kommunistischen Tradition

des konsequenten Kampfes gegen Nazis, Ausländerfeinde und Rassisten, sind solidarisch mit Menschen verschiedener Herkunft, die mit uns für ein menschliches Miteinander in unserem Land eintreten, für Mitbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft, für eine Zukunft ohne Militarismus und Krieg.

Die DKP verbindet Tagesforderungen mit der Zielvorstellung, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die großen Probleme der Menschheit zu lösen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die fortschreitende Zerstörung der Umwelt zugunsten des Profits der großen Konzerne sind dafür Beweise. Immer mehr Menschen stellen daher heute die Frage nach einer gesellschaftlichen Alternative. Sie begehren dagegen auf, dass statt den Verursachern der Krise, so stellte sogar die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ schrieb, „die europäischen Rentner, Studenten und Arbeitslose öffentliche Sparprogramme ertragen müssen, die ihnen Regierungen aus so genannten Fachleuten geschrieben haben.“

Das sei der wichtigste Sieg der Finanzindustrie, „dass sie selbst nie auf den Gipfeln erscheinen muss, dort aber Regie zu führen versucht.“

An dieser Praxis werden Wahlen nichts ändern können, ob sie in Schleswig-Holstein oder anderswo stattfinden. Aber Wahlzeiten sind geeignet, darüber nachzudenken, wie ein Politikwechsel erreicht werden kann.

27. Januar Holocaust Gedenktag 2012

Wir sind die Letzten, fragt uns

Freitag 27. Jan.
Stadtbücherei
Rosengarten 6
19.30Uhr

Maarten Slooves Marianne Wilke

Kultureller Rahmen
Anna Haentjens
musikalische Begleitung
Sven Selle

Veranstalter: Arbeitskreis der Stadt Wedel
gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus
und VVN-BdA Wedel

